

Summaries Zusammenfassung

Hugo Yrwing

Der Kampf um Ostseemärkte in den ersten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts

I

In Verbindung mit der Eroberung Schwedens plante Christian II. die hanseatische Herrschaft über den Ostseehandel in Zusammenarbeit mit den holländischen Handelsstädten und dem deutschen Handelshaus Fugger zu brechen. Danzig begriff die drohende Gefahr erst nach der Eroberung Stockholms und schloss 1522 einen Bund mit Lübeck, um Christians Pläne zu durchkreuzen. Der Krieg mit Dänemark war nun ein Faktum. Lübeck verlangte von den Holländern, sie sollten sich einer Sundsperre anschliessen, aber die Regentin der Niederlande weigerte sich und betonte das Recht der Neutralen auf freie Durchfahrt. Dadurch wurde die Frage aktualisiert, ob Lübeck und die Hansestädte berechtigt wären, den Öresund zu sperren, wenn dies in ihrem Interesse lag. Zwei deutsche Forscher wandten sich in unserem Jahrhundert gegen die Historiker, welche gemeint hatten, Lübeck habe den Wunsch gehegt, die Ostsee zu einem „mare clausum“ für nicht-hanseatische Kaufleute zu machen; die Stadt habe nur eine Kontrolle in Kriegszeiten angestrebt. Trotz seines Bundes mit Lübeck fröndierte Danzig und stellte sich auf die Seite der Holländer. 1524 wurden in Kopenhagen Verhandlungen geführt. Dabei gerieten die Vertreter Lübecks und Danzigs aneinander, und Danzigs Ambrosius Storm richtete einen scharfen Angriff gegen Lübeck, der dieses angeblich „weicher“ stimmte. Es kam zu dem Ergebnis, dass die holländische Sundschiffahrt weitergehen konnte. Späterhin versuchte indessen Hamburg, das Lübeck unterstützte, Fredrik I. zu veranlassen, den Öresund für allen Transport von Stapelwaren, d. h. die kostbaren Exportwaren des Ostseeraumes, zu sperren. Das würde ihm als Herzog in Holstein grosse Zolleinnahmen verschaffen. Fredrik zog jedoch den Öresundzoll vor und weigerte sich. Die Freiheit der Sundschiffahrt geriet ein weiteres Mal dadurch in Gefahr, dass Christian II. Kaperer ausschickte. Lübeck erklärte, dies bedeute einen Bruch des Kopenhagener Übereinkommens. Die Stadt erhielt jedoch keine Stütze von seiten Fredriks und Danzigs und musste auch ihre Pläne, den Transport von Stapelwaren durch den Öresund zu verbieten, fallen lassen.

2

In Kopenhagen hatte Lübeck den Holländern versprochen, ihnen dieselben Handelsrechte zu erwirken wie in Dänemark-Norwegen und den Hansestädten, und 1525 versprach die Stadt, sich auch für einen Vergleich mit Gustav Vasa einzusetzen, der an deren Zuverlässigkeit im Hinblick auf Christian II. zweifelte. Gustav Vasa erteilte auch Lübeck einen derartigen Auftrag. 1525 sollten Verhandlungen in Lübeck stattfinden. Nun kam aber Christians Entsendung von Kaperschiffen dazwischen, und das Verhältnis Lübecks zu den Holländern änderte sich. Die letzteren beschlossen, die Verhandlungen mit den Schweden in Lübeck selbst zu führen. Das Ergebnis war ein Handelsvertrag mit Schweden vom 17.8.1525. Kurz darauf teilten die Schweden den Holländern mit, Lübeck habe es übel genommen, dass man es von den Verhandlungen ausschloss, obgleich es von Gustav Vasa zu vermitteln beauftragt worden war. Man bat die Holländer, diese Angelegenheit

mit Lübeck ins Reine zu bringen, was diese versprochen und vermutlich auch taten. Der Handelstraktat enthält nichts, was einen Eingriff in die Lübecker Strängnäsprivilegien bedeutet, wie es die Forschung meint und auch S. Lundkvist behauptet. Angeblich hätte der Vertrag in Lübeck starkes Missfallen erregt. Diese Ansicht geht jedoch auf den Umstand zurück, dass man die Strängnäsprivilegien so auffasste, als beinhalteten sie ein absolutes lübisch-hanseatisches Handelsmonopol in Schweden, was keineswegs der Fall war. Es handelt sich nur um eine Meistbegünstigten-Stellung, die Zollfreiheit und das Recht auf Detailhandel mit der Bürgerschaft umfasste sowie gänzlich freien Detailhandel mit einer Anzahl von Luxuswaren in vier schwedischen Hafenstädten. Ausländische Kaufleute konnten daher das Recht erlangen, in schwedischen Städten Engroshandel sowohl mit der Bürgerschaft wie mit der Krone zu betreiben, wenn sie nur festgesetzte Zölle und Akzisen entrichteten. Das lübische Missfallen galt daher nicht dem Handelstraktat, sondern der Tatsache, dass Lübeck, welches sowohl den Holländern wie Gustav Vasa versprochen hatte, jenen zu vermitteln, ganz von den Verhandlungen ausgeschlossen blieb. Eine lübische Unzufriedenheit mit dem Traktat als solchem begegnet uns nirgends in dem vorliegenden Material.

3

Der holländisch-schwedische Handelstraktat von 1525 hatte drei Jahre lang Gültigkeit, d. h. bis ins Jahr 1528 hinein. Bereits im Zusammenhang mit dem Auswechseln der Ratifikationen, die 1526 stattfinden sollten, begann man über Abänderungen zu verhandeln. Der Traktat sollte nach holländischer Auffassung ohne zeitliche Begrenzung gelten und dahingehend erweitert werden, für eine Reihe von Waren Zollfreiheit einzuschliessen, auch wollten die Holländer anderen Kaufleuten gleichgestellt werden, die das Recht hatten, in Schweden Handel zu treiben. Inzwischen wurden keine Ratifikationen überreicht, aber der Handel funktionierte trotzdem gemäss dem Vertrag von 1525. Gustav Vasa sah das Widersinnige dieses Zustandes ein und unterrichtete sich darüber, wie der Reichsrat sich zu verhalten gedächte. Die Frage wurde an den Reichstag von 1527 in Västerås verwiesen, aber am 18. 4. 1527 hatte Gustav Vasa bereits eine neue Ratifikation des Handelsvertrages von 1525 datiert, ohne zeitliche Begrenzung und ohne die Handelsbeschränkungen, die er zuvor geplant hatte. Falls die Holländer noch weitere Abänderungen wünschten, müssten sie Repräsentanten nach Schweden entsenden, wo dann Reichsrat und Reichstag Stellung zu nehmen hätten. Die Holländer sahen hiervon ab, und der Handelstraktat von 1525 mit den Änderungen von 1527 erhielt Bestand. Dazu trug sicherlich bei, dass Gustav Vasa seinem Unterhändler Olaus Magni auftrag, den Holländern zu versprechen, sie könnten mit der Erfüllung ihrer Wünsche rechnen, wenn sie es unterliessen, eine Besiegelung zu fordern, sowie z. B. auch mit Zollfreiheit für gewisse Importwaren wie Salz und Tuche.

4

Während der weiteren Verhandlungen 1526–1527 soll Olaus Magni zufolge S. Lundkvist auch von Gustav Vasa beauftragt gewesen sein, „eine politische Allianz“ mit den Niederlanden zu schliessen. Gustav Vasa habe „hartnäckig“ daran festgehalten bis zum Reichstag in Västerås 1527, auf dem der Reichsrat vor die Wahl zwischen den Alternativen Lübeck oder die Niederlande gestellt worden sei

und sich für Lübeck entschieden habe. Dadurch habe er Gustav Vasa gezwungen, trotz seiner „Hartnäckigkeit“ die Verhandlungen mit den Niederlanden abzubreaken. Gustav kann jedoch nicht mit einer dieser beiden Alternativen gerechnet haben, sondern nur mit beiden. Ferner war es nicht Gustav Vasa, der die Verhandlungen abbrach, wie wir oben sahen, sondern die Holländer. Lundkvists Auffassung stützt sich darauf, dass er von Ausdrücken wie „en grondelicke Bestand ende vaste Aliantie“, „ein höherer Frieden“, „ein ewiger Bestand“ oder lediglich „der Bund“ meinte, sie bezögen sich auf einen politischen Bund, während sie im Text stets von dem aktuellen Handelsvertrag gebraucht werden. Weder von Gustav Vasa noch von Kaiser Karl V. lässt sich annehmen, dass sie 1526–1527 an etwas anderem als an einem durch einen Traktat geregelten Handelsaustausch zwischen den Niederlanden und Schweden interessiert waren. Gustav Vasa war es, der 1527 endgültig diese Frage löste.

Sune Åkerman

Population explosion or Birth prevention?

From a demographic point of view the island of Gotland in the Baltic Sea is a most fascinating area. Earlier than anywhere else in Sweden some sort of family limitation seems to have been practised at least from the middle of the 18th century. It is natural that our curiosity leads us to learn more about the background of this specific Gotlandic fertility behaviour. This study is a first attempt in that direction.

Even if our source material is fragmentary and difficult to handle it has been possible to shed some light upon what happened on Gotland in the late 17th and early 18th centuries. Thus the population increase of the early 18th century merely seems to have responded to an earlier decline caused by the famine and epidemics of the 1690's. This means that the Gotlandic population recovered from the heavy losses of the recent past.

But this recovery meant at the same time an over-reaction resulting in crude birth rates as high as 50 per mille, a level that we have not observed elsewhere in Sweden. This over-reaction can be explained by the age specific mortality of the 1690's. Death took a very high toll among women and men in their reproductive ages causing in its turn a much higher nuptiality which seems to be the key factor behind the amazing population increase of 35 per cent in as short a period as 15 years.

Automatically a slight increase in the fertility of the crucial age span 25–29 years is showing up but the age specific fertility in general is all the time comparatively low according to our family reconstitutions. This may seem somewhat paradoxical. However this population growth did not in fact change the relation between land and people in the long run. Instead the population numbers were forced back to the same relation as was typical of an earlier period. Against this background the author believes that the small nuclear families of the mid-18th century, as we already know them, must date back at least to the second half to the 17th century maybe even longer on the island of Gotland. An earlier hypothesis (that the fertility behaviour of the mid-18th century Gotlandic population was caused directly by the dramatic population growth at the turn of the century 1700) has thus been falsified.

Björn von Sydow

Tage Erlander's first Electoral system

Until 1971 Sweden had a two-chamber parliament. Each of the two chambers were chosen on the basis of the same suffrage rights; both were equal in authority but different in size to each other, 150 and 230 seats, respectively. The country's electoral system was a proportional one. The first chamber was elected indirectly by county government assemblies (*landstingen*), according to d'Hondt's method. This also signified the right to build electoral cartels, which was practiced among the three non-socialist parties. The members of the first chamber were selected successively by the electoral assemblies and had eight-year mandate periods. The second chamber was chosen by direct elections for four-year periods, which is why Sweden had a general election every other year.

During the 1940s the Social Democrats enjoyed a completely dominant position in the parliament, having their own majority in the first chamber and, practically speaking, the same in the second chamber, even after an election setback in 1944. This was true despite the fact that the party did not gain a majority of the votes, except in the years 1938–1942.

In 1945 the wartime union government was succeeded by a purely Social Democratic one. In the 1948 election to the second chamber the Social Democrats lost a few more seats, declining to 112. The non-socialist parties got more votes than the Social Democrats, but obtained fewer seats, 110. The Social Democratic party leader at the time and prime minister, Tage Erlander, then sought to form a coalition government with the Farmer Alliance. With the Alliance having just over 12 percent of both the votes and the seats in the second chamber, a governmental majority would thus be assured.

However, for entering into a coalition the Farmer Alliance put the demand that electoral cartels be removed, without, however, this measure leading to the loss of seats for the Alliance. The party launched the idea of a supplementary mandate, or the Sainte Lagüe's method. This, however, would have had the effect of further reducing the Social Democrats' position in the second chamber. The Alliance thus also kept itself open to a reformed electoral system incorporating the requirement that a party obtain a minimum percentage of the votes, i.e. a kind of threshold barrier, for it to gain any seats – which would, in effect, leave the Social Democrats' position basically unaffected.

The reaction of the Social Democrats was divided. The majority of the Social Democrats in parliament would rather lessen proportional representation; most leading politicians and publicists wanted to have majority elections in one-man electoral districts. Erlander himself wanted to meet the Farmer Alliance's demand, partly in order to build a coalition government, but partly also in order to undermine the bourgeois parties' election cartels generally. Certain Social Democratic politicians also worked to increase proportional representation.

The coalition came into being. The solution, which was created above all by Erlander, Social Democratic finance minister Per Edvin Sköld, and the leader of the Farmer Alliance, Gunnar Hedlund, and which was opposed by the Conservative, Liberal and Communist parties, would practically give the Social Democrats the same overrepresentation and the Farmer Alliance the same representation as ear-

lier, but without the latter being involved in cartel cooperation with the Conservatives and Liberals. The Communists would not get more seats. The system was, however, provisional.

Erlander's most important goal was the coalition government. He was strongly involved in opposing every tendency toward electoral or political cooperation among the non-socialist parties. The work to build the governmental coalition and to eliminate the electoral cartels went hand in hand. He did not want to make the electoral system *less* proportional, which could lead to just such tendencies of bourgeois cooperation, nor *more* and risk having the Social Democrats lose seats to the Communists.

Erlander was clear and perspicacious on these main questions, but he was unclear and unsure as to means.

The result of the new rules turned all earlier arguments upside down. The Social Democrats to be sure lost two seats, despite gaining the same percentage of the votes as in the election of 1948, that is, 46.1%. But *if* the old electoral system had been in place and the three non-socialist parties had cooperated with each other in electoral cartels, there would have been a clear bourgeois majority in the second chamber, 119 seats, as a result of the 1952 election. Against that would have existed a clear Social Democratic majority in the first chamber.

However, through the coalition and -unintentionally - through the electoral reform, as well as - paradoxically enough - through two *fewer* seats in the second chamber, Erlander and the Social Democrats avoided that situation.

Such was Tage Erlander's first electoral reform. In the middle of the 1960s he supported another electoral reform, which was something of the same order. First wavering and division within the Social Democratic party, and then the development of an electoral system - here a one-chamber parliament - which as in 1952 had *one* basic point of departure on the part of the party leadership, namely, not to stimulate via the nature of the election system bourgeois party cooperation, neither of an electoral nor of a political kind. Here lies a main component in the Social Democratic party's constitutional policy during the post-war period.

Hans Gillingstam

**Personal History and Archæology
A replication to Ola Kyhlberg**

Kyhlberg has overlooked that identification of skeletons is not possible without information in written sources. As prominent descendants of Magnus "ladulås" probably were not buried in Riddarholmskyrkan, Martin Olsson's and Ola Kyhlberg's attempts to identify the skeletons there are very doubtful.

Ola Kyhlberg

Final Reply to Hans Gillingstam

It is of vital importance for the quality of any scientific criticism, that analyses and explanations are kept apart from interpretations. It is not possible to criticize the interpretations without having discussed the precedent analyses and explanations. The reader is recommended to look at the original article, written by the present author, in Scandia No 50:2, pp 115 f.

